

die Regierung sich mit großer Ernsthaftigkeit den gesellschaftlichen Realitäten stelle und die Lebenswirklichkeiten der von Langzeitarbeitslosigkeit betroffenen Menschen sehr ernst nehme. ([hier laden](#))

**Kommentar:**

Tatsächlich zeigt das saarländische Beispiel, dass es auch für ein Bundesland gut möglich ist, innerhalb sehr kurzer Zeit in ÖgB einzusteigen. Das Saarland gilt ja nicht gerade als reiches Bundesland. Es wird aber ab 2013 wesentlich mehr als nur den Bundesratsdruck aufbauen, indem es konkret mit dem Ausbau beginnt.

Hervorzuheben ist aber auch der Koalitionsvertrag der Großen Koalition. Die darin enthaltene Zusicherung von

Unterstützung für qualitativ wertvolle Trägerstrukturen ist in dieser Klarheit bislang ein einmaliger Akt in den Landespolitiken. Sicherlich wird man darauf schauen müssen, wie viel das Papier des Koalitionsvertrages in den kommenden Jahren im Konkreten Wert sein wird. Aber allein die Tatsache, darauf pochen zu können bei den beiden, das Bundesland dominierenden Parteien ist schon spannend.

Quelle: Pressemitteilung MWAEV v. 18.09.2012

## 7. Dämmerung: Sparfluch zwingt Caritas in der Pfalz, sieben Sozialkaufhäuser gleichzeitig zu schließen

■ Während die Armutsquoten in Deutschland seit Jahren ansteigen, führen die Kürzungen im SGB II – Eingliederungsbudget, die Instrumentenreform sowie das eine oder andere Gerichtsurteil auf der veränderten gesetzlichen Basis dazu, dass immer häufiger erfolgreiche Arbeitsmarktmaßnahmen auslaufen oder, wie in diesem Falle, Sozialkaufhäuser die seit mehr als zehn Jahren erfolgreich arbeiten, schließen müssen. Die Caritas in der Diözese Speyer betreibt an sieben Standorten in Rheinland-Pfalz und im Saarland solche Sozialkaufhäuser. Das älteste wurde 2000 in Kaiserslautern eröffnet. Jetzt ist Ende Januar 2013 nicht nur dort sondern auch in Speyer, Ludwigshafen, Neustadt, Pirmasens, Germersheim und im saarländischen St. Ingbert Schluss. Die Jobcenter an den Standorten konnten für 2013 keine neuen Zusagen auf ein Fortbestehen der AGH an allen Standorten machen.

■ An allen Standorten zusammen sind 18 Mitarbeitende unbefristet und weitere zehn befristet als Anleitungspersonal beschäftigt.

■ In 2012 kommen noch 270 Teilnehmer/-innen, überwiegend in AGH, hinzu.

■ Alle Standorte werden als Netzwerk „Warenkorb“ geführt.

■ Die Gesamtkosten für alle Standorte lagen in 2011 bei 2,7 Millionen Euro. Durch den Rückgang der Förderung aus

dem SGB II muss die Caritas laut eigenen Angaben einen Verlust „im hohen sechsstelligen Bereich“ tragen und sieht sich dazu nicht mehr in der Lage.

■ Die Vermittlungsquote aus den AGH des Warenkorb-Netzwerkes lag bei 16% in 2011. Das ist ein einigermaßen durchschnittlicher Wert für das Instrument AGH.

■ Der Standort in Ludwigshafen hat monatlich rund 2.500 Kunden/Kundinnen.

**Kommentar:**

Nach Verkündung der Schließung zeigt sich Kommunalpolitik an den Standorten betroffenen. Das gilt gleichermaßen für die CDU, für die Grünen, für die SPD. Landräte (wie in Germersheim und St. Ingbert) wollen die Sozialkaufhäuser retten. Politische Initiativen sprechen davon, sie ggfls. in kommunale Trägerschaft zu übernehmen. In manch zurückhaltender Reaktion von Kommunalverwaltung wird allerdings auch deutlich, dass sich massive Kürzungen auf Bundesebene nicht kommunal vollständig ausgleichen lassen, aber auch, dass Kommunalpolitik an vielen Stellen immer noch wenig oder gar nicht darauf vorbereitet ist, sich auf mögliche Konsequenzen für die eigene Sozialpolitik einzustellen. Da rächt sich auch ein kommunales Ausblenden von Arbeitsmarktpolitik.

Erkennt Kommunalpolitik jetzt, dass es (auch) ihre ureigene Aufgabe ist, für die Menschen in ihrem Einzugsbereich selbst tätig zu werden, wenn es um Arbeit und Inklusion in Arbeitsgesellschaft geht, dann wäre solch bitteren Nachrichten wenigstens eine positive Richtung abgewonnen. Zukünftig wird es auch bei einer Rücknahme der Budgetkürzungen im SGB II durch eine zukünftig neue Bundesregierung nicht ohne das Zusammenwirken von Ressourcen auf Bundesebene, Landesebene, Kommunalebene und wohlfahrtsverbandlicher Ebene mit guten (sozial-) wirtschaftlichen Ideen gehen können. Das saarländische Arbeitsmarktprogramm (s.o.) geht insofern in seiner Verlautbarung den richtigen Weg. Ob das dem Sozialkaufhaus in St. Ingbert kurzfristig helfen wird, wird von hier aus abzuwarten sein. Langfristig werden sich Sozialkaufhäuser aber nur nachhaltig etablieren können, wenn sie eine gesetzliche Grundlage erhalten, die ihnen den Wettbewerb nicht verbietet.

Quelle: Caritas v. 18.09.2012; SWR 19. und 25.09.2012; Pirmasenser Zeitung 19.09.2012; Mannheimer Morgen 20.09.2012; Saarbrücker Zeitung 22.09.2012